

Stefan Bollinger

„Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit“ Deutsche Arbeiterbewegung und Linke im Ersten Weltkrieg

Einhundert Jahre nach dem Kriegsbeginn 1914 läuft die Eventindustrie auf Hochtouren. Erklärungen und die Suche nach Kriegsschuld oder richtiger eben keinen Schuldigen, sondern „Schlafwandlern“ machen die Runde. Ein Ergebnis dieser Geschichtspolitik ist schon sicher: Die intensive Beschäftigung mit dem Großen Krieg zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird abermals genutzt, um kritische, auf sozialökonomische Fragestellungen gerichtete Forschungs- und Erinnerungsansätze zu torpedieren. Große oder weniger große Männer haben gehandelt, die weder die Vereinten Nationen noch die Europäische Union einschalten konnten, die Diplomaten haben versagt, die Militärs waren vielleicht ein wenig zu ungeduldig und – nun ja, Teile der Wirtschaft witterten gute Geschäfte.

Weitgehend ausgeblendet wird die Rolle der Arbeiterbewegung und der Linken – als Gegenspieler, überraschenderweise dann im Sommer 1914 als Erfüllungsgehilfen und schließlich als Beender des Krieges. Höchstens einen Seitenhieb sind in neueren Darstellungen die oft tiefeschürfenden und sich radikal gebenden Positionen der internationalen Sozialdemokratie wert, die auf ihrem internationalen Kongressen 1907 in Stuttgart und 1910 in Kopenhagen den Widerstand gegen den Krieg zur Grundaufgabe des Proletariats und ihrer Parteien erklärten. Ein solches Ausblenden des Widerstandes gegen den Krieg – von radikalen Linken wie von bürgerlichen Pazifisten – begünstigt jene Geschichtsschreibung, die den Ersten Weltkrieg zum Ausgangspunkt des Totalitarismus erklärt – wegen seiner Gewalt, wegen des Entstehens des Bolschewismus mit seinen diversen Ablegern und wegen der dann einsetzenden faschistischen und national-,sozialistischen“ Reaktion darauf. Dass die Protofaschisten der Rechten, angefangen beim Alldeutschen Verband, ebenso in solchen Betrachtungen untergehen wie jene, die vor dem Krieg warnten und gegen ihn den Widerstand organisierten, ist dann zwangsläufig.

Der Weg zum „direkte(n) Verrat am Sozialismus“¹, oder wer es nicht ganz so dramatisch will, zum politischen Versagen in der bis dahin größten Krise der kapitalistischen Gesellschaften war seitens der Linken mit guten Vorsätzen gepflastert. Die Sozialisten-Kongresse im Jahrzehnt vor Beginn des Weltkrieges formulierten klare Positionen gegen den Krieg. Sie versprachen Widerstand, auch wenn bereits hier die Rücksichten und Ängste angesichts der innenpolitischen Verhältnisse und des Drohens von Repressionen überwogen. Das betraf die Kongresse speziell in Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910. Aber das Internationale Sozialistische Büro und die II. Internationale schienen handlungsfähig und

¹ Lenin, Wladimir I.: Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg. In: ders.: Werke. Bd. 21. Berlin 1964, S. 2.

in der Lage, politisch zu reagieren. Seit Oktober 1912 tobte auf dem Balkan ein Krieg, der später als der 1. Balkankrieg in die Geschichte einging. Es gelang binnen sechs Wochen die meisten Parteien der Internationale an einen Tisch zu bringen und über dringliches politisches Handeln zu sprechen. Dieser Kongress erregte Aufmerksamkeit, die lange geächteten Sozialisten konnten im Basler Münster tagen, die Kantonsregierung begrüßte sie offiziell. Jean Jaurès trug das gemeinsam beratene und dann auch gemeinsam beschlossene „Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage“ vor. An Deutlichkeit ließ es wenig zu wünschen übrig: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet ..., *alles aufzubieten*, um durch *die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern*, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die *durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen*.“ D.h., die Positionen von Stuttgart 1907 wurden bekräftigt. Weiter wurde ausgeführt: „Die Balkankrise, die bereits bis heute so schreckliche Gräueltat herbeigeführt hat, würde, wenn sie weiter greift, die furchtbarste Gefahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Sie wäre zugleich die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen.“²

Der Kongress gab zwar entsprechend der vermeintlich klaren theoretischen Positionen der beteiligten Parteien eine in sich schlüssige Interpretation der politischen Konstellationen und Konfliktlinien, verzichtete aber wie fast die gesamte sozialdemokratische Diskussion auf eine sozialökonomische Analyse der Zusammenhänge von Wirtschaftsentwicklung, d.h. vor allem der Monopolbildung, mit ihren politischen wie militärischen Konsequenzen. Auch bei Sozialdemokraten überwog die moralische Entrüstung gegen den Krieg und die Sorge um die auf die Arbeiter zukommenden Lasten und Risiken. Sie lehnten undemokratische Entscheidungsstrukturen ab und deklarierten die Frontstellung gegen nationalistische und militaristische Ideologie. Vor diesem Hintergrund bewegte sich die zentrale politische Einschätzung der Konfliktlinien auf einem vergleichbaren Niveau wie die pazifistischer, aber auch nicht aggressiver regierungsnaher Kräfte.

Der Kongress forderte: „Die Überwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der anderen Seite, würde die

2

Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912. Berlin 1912, S. 23/24. [Die zitierten zeitgenössischen Texte wurden vorsichtig an die neue deutsche Rechtschreibung angepasst – St.B.].

größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zarismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, einen Überfall Österreich-Ungarns auf Serbien unmöglich machen und der Welt den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.“³ Schließlich wurde mit der Revolution als Konsequenz aus der Entfesselung eines Krieges gedroht: „Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sie selbst den Krieg entfesseln können, sie mögen sich daran erinnern, daß der deutsch-französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der russisch-japanische Krieg die revolutionären Kräfte der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat, dass die militärischen und maritimen Wettrüstungen den Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnwitz, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorrufen muß.“⁴

Klare Einsichten – und doch zogen die Arbeiter aller Länder nicht nur mit dem Segen ihrer Kirchen, den Fanfaren der nationalistischen Ideologien, sondern auch mit dem ausdrücklichen Bekenntnis ihrer linken Parteien zur Verteidigung des Vaterlandes in den Krieg. Allein die russischen Bolschewiki unter Waldimir I. Lenin und die bulgarischen Engsozialisten standen als Parteien gegen diesen Wahnsinn.

Imperialistischer Krieg oder Verteidigungskrieg?

Wie konnte das geschehen? Das Attentat von Sarajewo auf den k.u.k.-Kronprinzen ist bis heute der Nabel herrschender Geschichtsbetrachtungen. Von hier wird versucht, Abläufe und Entscheidungsstränge aufzudröseln, die in das Verhängnis geführt hätten.

Neben, besser vor diesem 26. Juni 1914 müsste ein anderer politischer Mord stehen. Am 31. Juli 1914 schoss ein aufgehetzter junger Franzose durch das Fenster des Café du Croissant auf einen Landsmann: Jean Jaurès. Der vehemente Kriegsgegner wurde von einem Nationalisten – natürlich ungesühnt – ermordet, der Arbeiterbewegung ihre Grenzen gewiesen. „Kaltes Blut tut not“, Jaurès Aufmacher für die *L'Humanité* von diesem Tage verhallte ungehört. Der Sozialist war ein Urgestein der französischen linken Arbeiterbewegung und engagierter Kriegsgegner, Pazifist. Drei Tage zuvor hatte er in Brüssel auf einer Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros, dem Leitungsorgan der II. Internationale, seine letzte große Rede gehalten: „Ich erkläre feierlich, dass das französische Volk in dieser Stunde der Kriegshetze und der Provokation völlig und restlos, ohne Hintergedanken und ohne Rückhalt, ehr-

³ Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel. A.a.O., S. 26.

⁴ Siehe ebd.

lich und heiß den Frieden will und ihn zu erhalten wünscht. Sollten morgen die Würfel fallen und Russland sich in den Krieg stürzen, dann erklären die französischen Arbeiter: für uns existieren keine staatlichen Geheimverträge, wir kennen nur einen offenen Vertrag – mit der Menschheit und mit der Kultur!“ Er fühlte sich dabei nicht alleingelassen, sondern in Übereinstimmung mit den in diesen Tagen in Deutschland auf die Straße gehenden Hunderttausenden organisierten Arbeitern. „Die deutsche Sozialdemokratie hat der Welt gezeigt, dass sie nicht bloß einen mächtigen Körper bildet, sondern daß in diesem Körper eine starke Seele und eine kühne Tatkraft wohnt, die in schwerer Schicksalsstunde mit Donnerwort sich vernehmlich machen kann.“

Der Mord an Jaurès war ein Schlag, der die französische wie die internationale Arbeiterbewegung als einzige starke organisierte Kraft treffen sollte, die gegen den Krieg auftrat. Der Mord wirkte als Signal, dass dem Krieg gegen den äußeren Feind zwangsläufig ein Schlag gegen den inneren Feind vorhergehen könnte – wenn die Linke in ihrer Mehrheit sich gegen die Politik der Herrschenden stellt. Der Erste Weltkrieg besaß offenbar eine klassenkämpferische Dimension, die unmittelbar mit den Triebkräften und Zielsetzungen dieses Krieges zu tun hat.

Eigentlich aber war dieser Mord schon nicht mehr notwendig. Die Mehrheit der Führer der linken Parteien Europas war bereits staatstragend geworden und auf Kriegskurs geschwenkt. Der hier aus der *Magdeburger Volkstimme* zitierte Bericht über die letzte Rede Jaurès und seinen Tod endet pathetisch: „Seine Lichtgestalt wird uns vorangehen, mit seinem Namen auf den Lippen werden wir – oder die, die diesen schrecklichen Krieg überleben werden – dereinst siegen. In solcher unerschütterlichen Zuversicht tragen wir die Schreckensbotschaften, die einander jagen: Jaurès ist tot, der Weltkrieg ist da! ... Mit allen Schauern bricht das Weltgericht herein. *Jaurès ist tot und die Kosaken kommen!*“⁵

Ja, die Sozialdemokratie hatte sich bis fast zuletzt zum Frieden und gegen den Krieg bekannt. Am 25. Juli rief der Parteivorstand der SPD zu Massenprotesten auf. Es gab keinen Zweifel am Charakter eines solchen Krieges, auch das Verhältnis von Anlass und Überreaktion wurde vernünftig, klassenmäßig beantwortet: „Noch dampfen die Äcker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, Und schon wieder schickt sich die *vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie* an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen.

Verurteilen wir auch das Treiben der großserbischen Nationalisten, so fordert doch die *frivole Kriegsprovokation* der österreichisch-ungarischen Regierung den *schärfsten* Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat ge-

⁵ Alle Zitate aus *Magdeburger Volkstimme* vom 4. August 1914, S. 1.

stellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.“ Die Arbeiter wurden zu Massenprotesten aufgerufen. Die Losung lautete, „gebieterisch von der deutschen Regierung“ zu fordern, „dass sie ihren Einfluss auf die österreichische Regierung zur *Herstellung des Friedens* ausübe und sich *jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber* und den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.“⁶

Der Aufruf fand Anklang. Während bürgerliche Kreise bereits begeistert patriotische Kundgebungen für den Krieg abhielten, waren die meisten „einfachen“ Leute in Stadt und Land skeptisch, voller Sorge, was der nächste Tag bringen würde. Auch sie waren nicht frei von den Wirkungen der nationalistischen und militaristischen Propaganda. Die Männer hatten beim Barras gedient, die Kinder und Jugendlichen wurden in den Schulen umfassend indoktriniert. Trotzdem, am 28. Juli hatte die SPD in Berlin 32 Protestversammlungen angemeldet. „Tagesordnung: Gegen den Krieg“. In Berlin nahmen 100.000, im ganzen Reich 750.000 Menschen teil. Es waren Veranstaltungen im Saal, unter Polizeiaufsicht, die strengen Sicherheitsvorgaben der Regierung griffen. Tausende strömten trotzdem auf die Straße, skandierten Anti-Kriegs-Losungen. Die Parteipresse berichtete über die versuchten Demonstrationen in der Berliner Innenstadt, gegen die die Schutzleute mit blankem Säbel und galoppierenden Rossen brutal vorgehen. In den letzten Julitagen waren die Zeitungen voll von Berichten über Parteiveranstaltungen gegen den Krieg. All das brach am 1. August ab. Deutschland machte mobil. Nun besannen sich die sozialdemokratische Presse und ihre Politiker auf das Versprechen, gegen den russischen Despotismus das Vaterland zu verteidigen. Imperialistische Kriegstreiber waren nur die anderen. Zudem war zu lesen, dass der Belagerungszustand erklärt sei. Nicht nur die sozialdemokratische *Magdeburger Volksstimme* schloss lapidar: „*Alle noch angesetzten politischen Veranstaltungen finden nicht statt.*“⁷

Am 30. Juli 1914 erschien noch ein Aufsatz Franz Mehrings, des radikalen linken Sozialdemokraten, der angesichts der breiten Friedensbekundungen der SPD-Anhänger recht ruhig anmutete. Doch ist bei dem Kenner von Partei- wie Militärgeschichte ein gewisser Fatalismus nicht zu verkennen, der das Scheitern der Sozialdemokratie vor der Kriegsgefahr erahnen lässt. „Gewiss hat das internationale Proletariat noch nicht die Macht, den Weltkrieg unter allen Umständen zu hindern. Diese Macht kann es erst mit seinem endgültigen Siege gewinnen. Aber es kann dem Weltkriege heute schon Hindernisse in den Weg legen, die der Moloch sehr schwer und nur um den Preis überwinden kann, ein Spiel auf Leben und Tod zu beginnen. Wir dürfen der frohen Hoffnung leben, dass es unsern heldenmütigen Brüdern in Russland gelingen wird, dem zarischen Bären so auf die plumpen Tatzen zu klopfen, dass er sie nicht

⁶ Magdeburger Volksstimme vom 28. Juli 1914, S. 1.

⁷ Magdeburger Volksstimme vom 1. August 1914, S. 17.

auszustrecken wagt; deshalb haben die Arbeiterklassen aller Länder aber nicht weniger die Pflicht, dem Militarismus die Wege zu verbauen.

Die deutsche Arbeiterklasse ist dieser Pflicht bisher so eifrig wie wirksam nachgekommen, aber noch ist die Gefahr lange nicht gebannt, und die Agitation gegen den Weltkrieg darf keinen Tag ruhen.“⁸

Hinter den Kulissen lief bereits ein anderes Programm. Noch zu Beginn der Krise hatte der Kaiser im internen Kreis getönt, mit allfällig aufmüpfigen Sozialdemokraten aufzuräumen. Verhaftungslisten lagen bei den Polizeidienststellen und den Stellvertretenden Generalkommandos, der Exekutivgewalt im Kriegsfall, bereit. Aber nun hatten sich besonnenere Kräfte um Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg durchgesetzt. Warum sollten sie die Konfrontation suchen, wenn es andere Wege gab und Sozialdemokraten sich dafür empfahlen. Die Reichsleitung war in der sozialdemokratischen Anti-Kriegspropaganda bislang gut weggekommen. Österreich-Ungarn galt weit mehr als Kriegstreiber, auch Russland. Die SPD wünschte eher eine Verständigung mit Frankreich. Was lag näher, als der Fraktions- und Parteiführung der SPD zu signalisieren, dass die Beurteilung der Bedrohungslage durch Reichsleitung⁹ und SPD-Vorstand gar nicht so weit auseinander lag. Denn eines war für Sozialdemokraten unstrittig: Der wirkliche Feind jeder demokratischen und sozialistischen Entwicklung stand für sie im Osten, in Russland. August Bebel hatte 1904 seinen Patriotismus und Wehrwillen vor dem Reichstag unter Zustimmungsrufen seiner Fraktion herausgestellt. Seine Ausführungen wurden als „Flinten-Rede“¹⁰ sprichwörtlich: „Meine Herren, Sie können künftig keinen siegreichen Krieg ohne uns schlagen ... Wenn Sie siegen, *siegen Sie mit uns und nicht gegen uns*; ohne unsere Hilfe können Sie nicht mehr auskommen ... Ich sage noch mehr: wir haben sogar das allergrößte Interesse, wenn wir in einen Krieg gezerrt werden sollen – ich nehme an, dass die deutsche Politik so sorgfältig geleitet wird, dass sie selbst keinen Grund gibt, einen Krieg hervorzurufen –, aber wenn der Krieg ein Angriffskrieg werden sollte, ein Krieg, in dem es sich dann um die Existenz Deutschlands handelte, dann – ich gebe Ihnen mein Wort – sind wir bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zu Liebe, selbst meinetwegen Ihnen zum Trotz.“¹⁰

Hier waren also Sozialdemokraten am Portepée zu fassen – an ihrer Bereitschaft zur Verteidigung der Heimat als gute Patrioten und in ihrem Hass auf

⁸ Mehring, Franz: Die Arbeiterklasse und der Weltkrieg. In: ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 8. Berlin 1976, S. 290.

⁹ Der zeitgenössische Begriff Reichsleitung umfasst die verfassungsmäßig staatsleitenden Organe: den vom Kaiser eingesetzten Kanzler als einzigem Minister, die von ihm abhängigen Staatssekretäre als Leiter der Ämter, die zudem mit der preußischen Verwaltung verquickt waren. Diese „Regierung“ war vom Reichstag nicht abhängig und bezog ihre Autorität vom Kaiser und vom Bundesrat der im Reich verbündeten Regierungen. Sie agierte auch nicht als Kollegialorgan.

¹⁰ Abgeordneter Bebel. In: Verhandlungen des Deutschen Reichstages. 11. Legislaturperiode. 51. Sitzung am 7. März 1904. S. 1588.

den russischen Despotismus, der als Gendarm der heiligen Allianz im 19. Jahrhundert den demokratischen Fortschritt aufhielt, der an der Niederschlagung der Revolutionen von 1848 aktiv mitwirkte, der insbesondere in Polen die nationalen Befreiungsgelüste unterdrückte, der antisemitisch agierte, die Bauern lange in Leibeigenschaft hielt und der nicht zuletzt in der Revolution von 1905 reaktionär und blutig für Ordnung sorgte. Dazu kamen die unveränderten Widersprüche zwischen den Herrschenden, die sich an Russlands Getreideexporten ebenso störten wie an den panslawischen Drohungen gegenüber dem verbündeten Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich.

Für die Reichsleitung war klar, wie man die SPD ins Boot holen und die Arbeiter ruhig stellen konnte. Ende Juli und Anfang August wurden die Kontakte zur Partei aktiviert. Deren einflussreicher Reichstagsabgeordneter Albert Südekum hatte am 29. Juli eine anderthalbstündige Unterredung mit dem Reichskanzler und danach mit führenden Genossen seiner Partei. Er informierte postwendend den Kanzler: Es werde, „gerade aus dem Wunsche heraus, dem Frieden zu dienen – keinerlei wie immer geartete Aktion (General = oder partieller Streik, Sabotage u. dergl.) geplant oder auch nur zu befürchten“ sein. „Der seiner Verantwortung durchaus bewusste Part[ei]-Vorst[an]d erkennt ferner die Notwendigkeit einer Vermeidung von zweideutigen oder missverständlichen Äußerungen in der Presse, die von den Kriegsparteien in den verschiedenen Ländern dolos [als Täuschung – St.B.] oder Bonafide [im Guten Glauben – St.B.] ausgenützt werden könnten, an und ist bemüht, diese seine Auffassung auch den Redakteuren der Parteiz[eitun]g[e]n zu übermitteln“. ¹¹Aus einer parallelen Überlieferung ist bekannt, dass in diesem Gespräch „die Regierung versichert (hat), dass sie ernstlich den Frieden gewollt und uns über die von ihr unternommenen Schritte in Wien und Petersburg informiert. Unsere Friedenskundgebungen waren ihr willkommen. Sie hat sich vergewissert, dass wir einer Mobilmachung nichts in den Weg legen werden. Sie versichert, dass sie auch gegen uns nichts unternehmen werde. Organisation und Presse wird sie nicht antasten, wenn wir ihre Maßnahmen nicht bekämpfen.“ ¹²

Nach diesem Täuschungsmanöver, denn nicht anderes war es, da Kaiser und Kanzler bereits am 6. Juli Österreich-Ungarn einen Blankoscheck für eine Vergeltung gegen Serbien (und damit die wahrscheinliche Eröffnung eines Weltkrieges) ausgestellt hatten, musste eine kluge, wohl besser gerissene Reichsleitung der Welt und vor allem der SPD Glauben machen, dass Deutschland der arme Angegriffene sei. Der Kaiserfreund und Reeder Alfred Ballin hat jene Entscheidungswege überliefert, die für den weiteren Verlauf des Verhängnisses ausschlaggebend waren. „Warum erklärten wir schon am 1. August in überstürzter Hast an Russland den Krieg? Der Grund hierfür wie

¹¹ Vollständig abgedruckt in: Kuczynski, Jürgen: Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse. Berlin 1957, S. 78/79.

¹² David, Eduard: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller. Düsseldorf 1966, S. 7.

für manchen anderen falschen diplomatischen Schachzug lag in der innerpolitischen Einstellung, richtiger gesagt in den innerpolitischen Ängsten des Kanzlers ... Ballin erlaubte sich die Frage an den Reichskanzler: „Exzellenz, warum haben Sie denn eine so enorme Eile, Russland den Krieg zu erklären?“ Bethmann ... antwortete: „Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit.“¹³

Anpassung der Staatstragenden

Waren es nur das Täuschungsmanöver der Reichsleitung, die Hektik des drohenden Krieges und die allgemeinen Ängste, die die führenden sozialdemokratischen Politiker zum Umschwenken auf die Staatslinie brachten? Hatte sie des Kaisers Ausruf, dass er keine Parteien, sondern nur Deutsche kenne, so beeindruckt, dass sie in eine Politik einwilligten, die als „Burgfrieden“ in die Geschichtsbücher einging? Zum Schwure musste es kommen, als die Reichstagsfraktion ihr Votum für den 4. August, die erste Reichstagsitzung seit Kriegsbeginn und die Abstimmung über die Kriegskredite abgeben sollte. Die Fraktion diskutierte lange, war sich aber in ihrer überwiegenden Mehrheit, gedrängt durch Eduard David, Albert Südekum, Friedrich Ebert u.a. einig, diese Kredite zu bewilligen. Es blieb eine kleine Minderheit von wohl 14 Abgeordneten, deren bekannteste der (neben Ebert zweite) Parteivorsitzende Hugo Haase und der Linke Karl Liebknecht waren, die sich dagegen stellten. Aber, diese Partei war diszipliniert, ihre Fraktion noch mehr. Also blieb nur Geschlossenheit bei der Abstimmung und selbst Haase fand sich als Redner für die Zustimmung wieder. Eduard David, einer der wichtigsten Strippenzieher dieses Kurswechsels, war gerührt: „Der ungeheure Jubel der gegnerischen Parteien, der Regierung, der Tribünen, als wir uns zur Zustimmung erheben, wird mir unvergessen sein. Es war im Grunde eine uns dargebrachte Ovation.“¹⁴

Ja, endlich schien die Sozialdemokratie angekommen zu sein, wurde gebraucht. Der „Geist von 1914“ versprach eine Aufhebung der Klassenspaltung und des Klassenkampfes. Was bislang nur im Ergebnis harter Kämpfe und strikter Organisation für die Arbeiterklasse erreichbar schien, das könnte nun als Morgengabe der herrschenden Klassen für kriegsbereites Wohlverhalten eingefordert werden. Die strategische Machtphilosophie war für „gute“ Sozialdemokraten wie den Fraktionsvorsitzenden Phillip Scheidemann mehr als klar: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war vor dem Kriege taktisch und politisch auf eine friedliche Entwicklung zur Demokratie und über die Demokratie zum Sozialismus eingestellt. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen ließen mit Sicherheit erkennen, dass in verhältnismäßig kurzer Zeit die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter der Sozialdemokratie stehen werde... Dass wir nicht gewillt waren, uns dann noch von einer Minderheit

¹³ Bülow, Bernhard von: Denkwürdigkeiten. Bd. 3. Weltkrieg und Zusammenbruch. Berlin 1931, S. 167/168.

¹⁴ David, Eduard: Das Kriegstagebuch. A.a.O., S. 12.

beherrschen, politisch misshandeln und wirtschaftlich ausbeuten zu lassen, war eine Selbstverständlichkeit. Gegenstand des Streits aber waren innerhalb der Partei die von einer bestimmten Gruppe ausgehenden Bestrebungen, schon vor Feststellung der Mehrheit auf unserer Seite durch ‚fortgesetzte Straßendemonstrationen, Massenstreiks usw.‘ die politische Macht zu erobern. Ich gehörte zu denen, die diese besonders von den Frauen Luxemburg und Zetkin propagierte Taktik ablehnten.“¹⁵

Dieser Bewusstseinswandel, diese Abkehr von den bisherigen radikalen, ja revolutionären Zielen der Sozialdemokratie könnten in vielfältiger Weise untermauert werden. Allein der Verzicht auf die Antikriegspropaganda, die Bereitschaft der Gewerkschaften, die Tarifaueinsetzungen ruhen zu lassen und Mitverantwortung für eine leistungsfähige Kriegswirtschaft zu übernehmen waren praktische Resultate des Kurswechsels.

Im Kern war die SPD, zumindest ihr staatstragender Flügel, vom herrschenden Nationalismus, ja Rassismus infiziert, auch wenn sie es nicht wahrhaben wollte. Wichtige Politiker waren schon länger voll von Verständnis für die Interessen des Reiches, also des fragilen Machtbündnisses von Adel und Großbourgeoisie. Gustav Noske offenbarte im Mai 1914 das Dilemma einer Partei, der es an klassenmäßigen Positionen und einem Bekenntnis zur nationalen Selbstbestimmung fehlt, wenn es um andere Völker ging. Dafür schielten er und Teile seiner Partei bereits auf Probleme, die sie bei eigener Regierungsverantwortung erwarten dürften. So hätten sich „nicht nur die Ansichten über die Methoden der Kolonialpolitik ... geändert, sondern ... (sind) auch die Anfänge einer menschlicheren Praxis zu konstatieren ...“, zum Teil, weil der Kapitalismus glaubt, dabei besser auf seine Rechnung kommen zu können, aber auch dank dem wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie und den von ihr seit Jahrzehnten vertretenen Anschauungen. Die Sozialdemokratie hat sich nie darauf beschränkt, Mißstände und Ausschreitungen in den Kolonien zu brandmarken und die Eingeborenen gegen Unterdrückung und Beraubung zu verteidigen; sie hat mit allem Ernst an der Lösung umfangreicher Kulturaufgaben in den Kolonien gearbeitet und wird das auch in Zukunft tun, allerdings nicht im Interesse des Kapitalismus, sondern im Sinne des Sozialismus.“¹⁶ Noske legte so eine „sozialistische Kolonialpolitik“ zum Wohle der Eingeborenen nahe, denn auch unter anderen Machtverhältnissen hätten Europäer eine Kulturmission zu erfüllen. Entsprechend leicht fällt es dann den „Vaterlandsverteidigern“, auch in der Kolonialfrage an die Seite der kaiserlichen Regierung treten zu können, selbst bei sonstiger Infragestellung eines Annexionsfriedens.

Ähnlich ambivalent war die Militärpolitik der SPD. Nicht nur Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kämpften vehement gegen die alltäglichen Soldatenmisshandlungen. Parteivertreter setzten sich immer wieder für die Verbesserung der Lage der Soldaten und für eine höhere militärische Schlagkraft der

¹⁵ Scheidemann, Philipp: Der Zusammenbruch. Berlin 1921, S. 1/2.

¹⁶ Noske, Gustav: Kolonialpolitik und Sozialdemokratie. Stuttgart 1914, S. 229.

Armee ein. Noske gewann Anerkennung auch des preußischen Kriegsministers, als er sachkundig 1907 für eine Solderhöhung der Soldaten stritt und die SPD hiermit eine Mehrheit im Reichstag gewinnen konnte. Die SPD wollte keinen „Dekorationsmilitarismus“, wenn es denn schon mit der sozialistischen Idee eines Milizsystems nicht klappen würde.¹⁷ Aber die Armee sollte perfekt für die Landesverteidigung gerüstet sein. 1914 kam es erstmals zu einer positiven Bescheidung einer Wehrvorlage im Reichstag, nicht wegen der Truppenverstärkung, sondern wegen ihrer Finanzierung. In ihrem Bericht an den dann nicht stattfindenden Sozialisten-Kongress in Wien lobte sich die SPD: „Hatte sie die Annahme der Militärvorlage nicht vereiteln können, so sicherte sie durch ihr Verhalten doch die Annahme der Steuervorlagen, durch die in erster Linie die besitzenden Klassen getroffen wurden. Es handelte sich dabei um einen besonderen Wehrbeitrag und um eine Vermögens-Zuwachssteuer. Das Verhalten der Fraktion wurde zwar verschiedentlich kritisiert, vom deutschen Parteitag in Jena aber mit großer Mehrheit ausdrücklich gebilligt.“¹⁸

Die SPD hatte seit ihrer vollständigen Legalisierung mit dem Fall der Sozialistengesetze eine bemerkenswerte Wandlung durchgemacht. Sie war – wenn auch ungeliebt – Teil des politischen Systems geworden. Nicht wenige ihrer Funktionäre sahen sich staatstragend. Spätestens die Wahlschlappe bei den Reichstagswahlen 1907 belehrte viele Funktionsträger, sich auf die Spielregeln der Politik und die neuen Möglichkeiten des Austarierens mit den unter sich zerstrittenen bürgerlichen Parteien einzulassen. Wahlabsprachen wurden 1912 mit der Fortschrittlichen Volkspartei möglich. In den süddeutschen Bundesländern konnten Sozialdemokraten bereits Politik mitgestalten, allein Preußen mit seinem Drei-Klassen-Wahlrecht mauerte. Aber immerhin ergaben sich in dem begrenzt einflussreichen Reichstag neue Ansätze für die seit 1912 stärkste Fraktion.

Leider ist dem Historiker Max Bloch zuzustimmen, der zur Erfolgsgeschichte der SPD auf dem Weg zu einer Volkspartei trefflich gegen die nicht nur von der radikaleren Linken vertretenen kritischen Positionen gegenüber der sich neu findenden SPD-Führung wettet: „Der Bewilligung der Kriegskredite ging also keine – wie vor allem von der Geschichtsschreibung der DDR beschworen – düstere Konspiration, kein Komplott und ‘Verrat’ voraus, sondern sie ist, wie Gerhard A. Ritter bereits 1976 schrieb, im Grunde als Selbstverständlichkeit wahrgenommen worden.“¹⁹ Tatsächlich, die klassische Verratsthese

¹⁷ Siehe z.B. Wette, Wolfram (Hrsg.): *Schule der Gewalt. Militarismus in Deutschland 1871-1945*. Berlin 2005.

¹⁸ Bericht des Partei-Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an den Internationalen Sozialisten-Kongress in Wien (1914) über die Tätigkeit der Partei seit dem Kopenhagener Kongress [Materialien für den X. Internationalen Sozialistischen Kongress in Wien, vorgesehen für den 23.-29. August 1914], S. 3 - http://library.fes.de/zweiint/w43_44.pdf [12.10.2013 22:04]

¹⁹ Bloch, Max: „Wir müssen aus dem Turm heraus!“ Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907-1959. Bonn 2011, S. 21.

erklärt wenig. Es war tatsächlich eine logische Konsequenz aus der Entwicklung einer Partei weg von ihren revolutionären Wurzeln und Ideen hin zu einer Suche nach Klassenausgleich und Kooperation mit der bestehenden Ordnung. Für diesen angepassten „Sozialismus“ konnten die bürgerlichen Parteien ebenso Partner sein wie die Reichsleitung, ja, selbst der Monarch mochte ein akzeptabler Partner sein. Wichtige Funktionäre der Partei hatten längst ihre Prämissen gewechselt. Der erwähnte Ritter machte die Leistung und damit die Verstrickung der Vorkriegs-SPD deutlich – mit anderen Worten, der Aufstieg einer reformistischen Partei. Die bot Pfründe für ihre Funktionäre und Abgeordneten. Die im Vergleich zum Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums überschaubaren, aber ernsthaften Verbesserungen für die Arbeiter hatten einen politischen Preis. 111 Reichstagsmandate, 220 Landtagsmandate, 150 hauptamtliche Sekretärsstellen im Lande, 3.500 Posten in den Parteizeitungen, zahlreiche hauptamtliche Stellen in den Gewerkschaften waren durchaus eine sichere Bank für diejenigen, die das Glück und Geschick hatten, hier für die Arbeiterklasse, manchmal auch für sich wirken zu können. Gut 1.063 Mark für einen qualifizierten Industriearbeiter oder 3.000 Mark Diäten für ein Mitglied des Reichstages, dazwischen lagen schon kleine Welten. Wer staatstragend sein wollte, der musste sich an das bestehende System anpassen. Zum moralischen und politischen Problem wurde es in Existenzkrisen der Gesamtgesellschaft, erst recht in der Friedensfrage. Ritter hatte dies so zusammengefasst: „Die Sozialdemokratie, die immer tiefer in den bestehenden Verhältnissen wurzelte, organisierte so die Arbeiter nicht im Sinne ihrer Theorie als feindliche Sonderklasse gegen die bestehende Gesellschaft, sondern wurde im Gegenteil zusammen mit den Gewerkschaften der Hebel, der die Arbeiterschaft langsam – und angesichts des Widerstandes der herrschenden Schichten noch keineswegs vollständig – in den Gesamtaufbau des gesellschaftlichen Lebens einfügte und damit die vorhandenen Gegensätze wenigstens teilweise überbrückte und versöhnte.“²⁰ Diese Verstrickung ging sicher auch weiter als das von Lenin nachdrücklich beschriebene Phänomen der Arbeiteraristokratie²¹ als sozialer Basis der Abkehr der Sozialdemokratie von ihren revolutionären Zielen. Klasse wie Partei und Massenorganisationen waren in vielfältiger Weise in das kapitalistische System eingebunden, in den Metropolen manipuliert wie materiell begünstigt, korrumpiert.

Mitten im Kriege erschien ein bemerkenswerter Sammelband, der die neue, durch den Krieg und die Neuorientierung der SPD ermöglichte „Volksgemeinschaft“ publizistisch untermauern sollte. Herausgeber waren Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, also des Dachverbandes der freien Gewerkschaften, und Friedrich Thimme, ein einflussreicher konservativer Historiker und Publizist. Der Band vereinte

²⁰ Ritter, Gerhard A.: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus- Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 1976, S. 49f.

²¹ Siehe u.a. Lenin, Wladimir I.: Der Zusammenbruch der II. Internationale. In: A.a.O., S. 237/238.

Beiträge von SPD- und Gewerkschaftsfunktionären und bürgerlichen Wissenschaftlern. Sein Ziel war es, die Möglichkeiten, die sich aus dem „Burgfrieden“ für eine auch innenpolitische Veränderung – zumindest nach dem Kriege – ergeben könnten, auszuloten.²²

Auch wenn dies teilweise Vertröstungen auf eine ferne Zukunft bedeutete, war zu erkennen, dass auch im bürgerlichen Lager jenseits der besonders aggressiven und erzkonservativen Teile Erwartungen an einen Prozess der Demokratisierung und der Klassenversöhnung vorhanden waren. Insofern sind die Einschätzungen des auch noch in den nächsten Jahrzehnten einflussreichen Historikers Friedrich Meinecke interessant, der in diesem Sammelband den Wandel der neuen Verbündeten auf ihren ideologischen oder eben entideologisierten Kern brachte: „Wir fürchteten früher, dass ihr pazifistisches und internationales Ideal ihre Empfindung – wenigstens ihre bewusste Empfindung – für die Werte von Volkstum und Vaterland schwäche. Wir haben jetzt erkannt, dass jene oft so trotzig bekundete Gleichgültigkeit gegen vaterländische Klänge zum großen Teile nur der spröden Scheu entsprang, konventionell gewordene Schlagworte nachzubeten ... Wir haben Äußerungen und Geständnisse deutscher Sozialdemokraten aus der Kriegszeit, die zu den schönsten und edelsten Kundgebungen der nationalen Idee in Deutschland gehören, weil sie mit der Gewalt des ganz neu und selbständig Erlebten hervorbrachen. Darum stoßen wir uns jetzt auch nicht mehr daran, daß die heutige Sozialdemokratie ihre vaterländische Pflicht nur erfüllen will unter Festhaltung internationaler und pazifistischer Forderungen. Wir werden sie bekämpfen, wo diese Forderungen mit den nationalen Interessen unserer Politik, wie wir sie verstehen, unvereinbar sind, aber wir werden diesen Kampf ohne aufreizenden Argwohn fortan führen können, weil wir wissen, daß wir uns in der Stunde der Gefahr auf unsere sozialdemokratischen Volksgenossen verlassen können.“²³

Sozialdemokraten, so Philipp Scheidemann, machten deutlich, dass sie 1914 als Patrioten gehandelt hätten, ohne einen Lohn für ihre Zustimmung zu erwarten, dass sie aber an der Veränderung der Gesellschaft festhielten. Da gab es vieles, was dieses Kaiserreich und seine auch im Vergleich zu anderen kapitalistischen, aber demokratischer verfassten Staaten im Negativen auszeichnete. „Fort mit allem Wust und Unrat, denn noch ist er ja erst zum kleinsten Teil weggefegt! Es muss alles ausgemerzt werden, was Ausnahmegesetz ist, wie ein Ausnahmegesetz wirkt oder als ein Ausnahmegesetz gehandhabt wird. Es muss in Zukunft ausgeschlossen sein, daß Sozialdemokraten, Dänen, Polen, Elsass-Lothringer, Juden und Jesuiten als Staatsbürger minderen Rechts behandelt oder gar vom Reiche ferngehalten werden können. Das Deutsche Reich darf sich fernerhin nicht mehr ins Unrecht setzen und selbst schädigen durch die Fernhaltung fähiger Männer von Richter-, Offiziers-, Lehrer- und

²² Siehe Legien, Carl/Thimme, Friedrich: Vorwort. In: Dies. (Hrsg.): Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Leipzig 1915, S. III

²³ Meinecke, Friedrich: Sozialdemokratie und Machtpolitik. In: ebd., S. 26.

anderen Stellen, weil der Vater 'nur' ein ehrsamer Handwerksmeister ist, weil eine Tante mit Butter handelt, weil ein Taufschein nicht beigebracht werden kann oder weil die Gesinnung vorschriftswidrig ist.²⁴ Arbeitsrechte und Koalitionsfreiheit sollten gestärkt werden.

Ein Punkt stand hier und immer wieder bis 1918 für die Sozialdemokratie auf der Tagesordnung, das Drei-Klassen-Wahlrecht in Preußen. Garant der reaktionären Hegemonie im wichtigsten deutschen Bundesstaat, verständlicherweise Dorn im Auge aller Linken, aber auch liberaler bürgerlicher Kräfte, im Verbund des Deutschen Reiches zudem ein Anachronismus. Scheidemann war hier prinzipiell: „Über das *Wahlrecht in den Einzelstaaten*, insbesondere in Preußen, wünschen wir nicht mehr zu diskutieren. Diese Frage oder vielmehr Angelegenheit – denn es ist ja gar keine Frage – ist zur Entscheidung reif.“²⁵

Schließlich darf die für die eigenen Mitglieder, aber auch für die sonst zu wenig besorgten neuen Bündnispartner, vielleicht noch mehr für die eigene Überzeugung wesentliche Betonung des sozialistischen Standpunktes nicht fehlen. Nur, dass dieser ins Nationale gewendet wird und anschlussfähig für jene Vorstellungen eines „Kriegssozialismus“ im „Geiste von 1914“ wird. „Gleiches Recht für alle, Organisation der Arbeit, Volksherrschaft über Volkswirtschaft – das ist unser Ziel. Und der Klassenkampf, wie wir ihn verstehen, ist uns der Kampf gegen die Hindernisse, die der kurzsichtige Egoismus einer kleinen Minderheitsklasse der Erreichung dieses Zieles zum Wohle der Volksgesamtheit entgegenstellt. In diesem Sinne fühlen wir uns als eine *wahrhaft* nationale Partei, als die Partei, die der *ganzen* Nation ein Anrecht auf ihr Vaterland erkämpfen will. Im Fortschritt zu höheren Formen der Gesellschaft voran zu eilen, Führer und Vorbild zu sein – das ist der größte Sieg, den das deutsche Volk in der Welt erkämpfen kann.“²⁶ Dieser „Kriegssozialismus“ sollte inhaltlich wie personell ein wichtiges Bindeglied zu national „sozialistischen“ und faschistischen Ideen und Mobilisierungsstrategien werden.²⁷

Diese Beweglichkeit brachte der SPD zunächst den erhofften Fortschritt. Sie war jetzt als Partner der Regierung anerkannt, durfte an Gesetzesvorhaben mitwirken, gewann schließlich 1917 Einfluss in der nun sich konstituierenden Reichstagsmehrheit ohne die Konservativen. Es gab, trotz der allgemeinen Verschlechterung der Lebenslage der Menschen, Zugeständnisse seitens des Staates und der Wirtschaft, die diesen Niedergang hemmten. Die Löhne begannen wieder zu steigen, um Versorgungsprobleme ein wenig zu kompensieren. Die politische Überwachung jener Sozialdemokraten und ihrer Strukturen, die sich zum Burgfrieden bekannten, wurde weitgehend reduziert. Bei

²⁴ Scheidemann, Phillip: Zur Neuorientierung der inneren Politik. In: ebd., S. 60.

²⁵ Ebd., S. 64.

²⁶ Ebd., S. 66/67.

²⁷ Typisch der Weg des Sozialforschers Johann Plenge vom bekennenden Sozialdemokraten zum rechtskonservativen und antisemitischen Stichwortgeber – siehe ders.: 1789 und 1914: Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes. Berlin 1916.

gleichzeitigem Übergang zur faktischen Militärdiktatur und totalen Kriegserfassung gab es auch Zugeständnisse in den ansonsten undemokratischen, die Bewegungsfreiheit der Beschäftigten einschränkenden Regelungen des „Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst“ vom Dezember 1916. „In allen für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben, ... in denen in der Regel mindestens fünfzig Arbeiter beschäftigt werden, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen.“ (§ 11) Ihnen „liegt ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebs und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern.“ (§ 12) Schlichtungsstellen sollten Streitigkeiten beilegen. Ob es eine Vorform der Betriebsräte war, darüber lässt sich streiten. In der realen Situation sorgte allerdings das einvernehmliche Wirken von SPD und Gewerkschaften immer wieder dafür, dass Widerstandsaktionen und Streiks abgewürgt wurden. Erst im Oktober 1918 wandelte sich dann die Situation radikal. Der größte Wunsch der SPD, das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht zu kippen, blieb ihr allerdings versagt. Aus Sicht insbesondere der immer noch mächtigen adligen Eliten war dieses für die Bewahrung der Ordnung im Reiche unverzichtbar, denn nur das prägende Preußen konnte einen zu großen Ruck in Richtung Demokratisierung und Schlimmeres verhindern. Gerade deshalb blieb es immer nur das vage Versprechen für eine Zeit nach dem Krieg. Die SPD war einer Illusion nachgelaufen. Ihr Reichstagsabgeordneter und Kriegsfreiwilliger Frank Ludwig glaubte 1914: „Statt eines Generalstreiks führen wir für das preußische Wahlrecht einen Krieg.“²⁸ Wenige Tage später war er gefallen. Das vermaledeite preußische Wahlrecht fiel erst mit der Novemberrevolution.

Der Widerstand

Der Kurswechsel der Parteiführung traf die Partei und die Arbeiter unvorbereitet. Viele glaubten der offiziellen Propaganda und der eigenen Führung und Presse, dass Russland schuld sei und es ihre verdammte Pflicht wäre, das Vaterland zu verteidigen. Die Antikriegskundgebungen am Vorabend des Krieges wiesen allerdings darauf hin, dass gesunde Skepsis vorhanden war. In den Parteiorganisationen kam es nach der Zustimmung zu den Kriegskrediten zu Auseinandersetzungen, die trotz massivem Einsatz der nun vaterlandsverteidigenden Funktionäre nicht immer erfolgreich für diese liefen. Der Parteirechte Eduard David sprach im Dezember 1914 als Korreferent zu Karl Liebknecht in Berlin-Charlottenburg vor Parteifunktionären, geriet dort auch mit Rosa Luxemburg aneinander. Sein Fazit der Veranstaltung: „Der Eindruck ist niederschmetternd. Die ‘Funktionäre’ sind in Berlin fast durchweg junge Leute in den 20er Jahren, die die Mühe der Flugblattverteilung noch nicht scheuen. Jugendliche Unerfahrenheit und doktrinäre, durch eine ganz einseitige ‘Erziehung’ seitens der radikalen Größen verbissene Geister.“ Er konnte nicht überzeugen. „Es ist kein gemeinsamer Boden mehr da. Bleiben diese Leute in

²⁸ Frank, Ludwig: Reden, Aufsätze und Briefe, ausgewählt und eingeleitet von Hedwig Wachenheim. Berlin o.J. (1924), S. 357/358.

der Partei, so werden sie die ganze Position des 4. August versauen und jeden vernünftigen ferneren Schritt unendlich erschweren oder ganz unmöglich machen.“²⁹

Es gab also von Anfang an Widerstand gegen den Krieg und gegen die Politik der SPD-Führung. Richard Müller, ein linker Gewerkschafter, schrieb: „Innerhalb der Industriearbeiterschaft befand sich ein kleiner Kern von Proletariern, die den Krieg nicht nur als solchen ablehnten, sondern auch willens waren, seinen Ausbruch mit allen Mitteln zu verhindern; und als der Krieg zur Tatsache geworden, hielten sie es für ihre Pflicht, mit allen Mitteln sein Ende herbeizuführen. Die Zahl war klein... Der Kampf gegen den Krieg in Fabriken und Büros war zwar nicht so ruhmreich, wie der Kampf an der Front, aber mit gleichen Gefahren verbunden. Die den Kampf aufnahmen und führten, suchten die höchsten Menschheitsideale zu verwirklichen.“³⁰ Parteilose, enttäuschte sozialdemokratische, oft auch anarchosyndikalistisch motivierte Arbeiter protestierten und griffen auch die SPD-Führung an.³¹ In dieser Partei formierte sich um Liebknecht, Luxemburg, Clara Zetkin, Mehring, um Bremer Linke eine innerparteiliche und gesellschaftliche Opposition. Sie wurde von der eigenen Partei bekämpft, die sich auch nicht davor scheute, mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Einberufungen und juristische Verfolgungen sollten die Wortführer der Antikriegsbewegung mundtot machen. Die ersten Kriegserfahrungen 1914 waren Wasser auf die Mühlen des Widerstands, die nächsten Kriegsjahre mit ihren Hekatomben von Opfern, aber auch der drastischen Verschlechterung der Lebenslage in der Heimat bestärkten den Widerstand deutlich.

Rosa Luxemburg hatte diese Entwicklung drastisch beschrieben: „Mitten in diesem Hexensabbat vollzog sich eine weltgeschichtliche Katastrophe: die Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie. Sich darüber zu täuschen, sie zu verschleiern, wäre das Törichtste, das Verhängnisvollste, was dem Proletariat passieren könnte. ... Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung. Der Fall des sozialistischen Proletariats im gegenwärtigen Weltkrieg ist beispiellos, ist ein Unglück für die Menschheit. Verloren wäre der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe dieses Falls nicht ermessen, aus ihm nicht lernen wollte.“³²

Diese Linke wollte lange nicht die organisatorische Trennung – anders als die Bolschewiki in Russland – und im Unterschied zu den Führern der SPD. Aber in der Konsequenz unterschiedlich wird das Umfallen der Sozialdemokratie

²⁹ David, Eduard: Das Kriegstagebuch. A.a.O., S. 84/85.

³⁰ Müller, Richard: Eine Geschichte der Novemberrevolution. Berlin 2011 [1924/25], S. 52.

³¹ Siehe z.B. neuerdings Weipert, Axel: Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830-1934. Berlin 2013; Döhring, Helge: Syndikalismus in Deutschland 1914-1918. „Im Herzen der Bestie“. Lich/Hessen 2013.

³² Junius [Rosa Luxemburg]: Die Krise der Sozialdemokratie. [1916]. In: Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke. Berlin 1974. Bd. 4, S. 53.

im Sommer 1914 zum Ausgangspunkt für eine dauerhafte Spaltung der organisierten Arbeiterbewegung und zum Bruch zwischen reform- und revolutionärsorientierten Linken, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, wie sie bald heißen sollten. Schon im Streit um die Bewilligung der Kriegskredite hatte der Abgeordnete David für sich frohlockt: „In der Tat, die Weltgeschichte begünstigt offenbar den Revisionismus.“³³ Allerdings ist das so einfach nicht, denn ausschlaggebend war, dass die Partei durch die nicht entschiedene Revisionismuskonversation letztlich innerlich anfaulte, einem prinzipienlosen Pluralismus und Reformismus den Boden bereitete. Der hatte schließlich das Umfallen ermöglicht und Parteiführer hervorbracht, die bestenfalls Zentristen, oft aber Rechte waren. Eine radikale, revolutionäre Linie war in diesen Diskussionen erledigt worden und blieb für Resolutionen und Kundgebungen übrig.

Mit den Konferenzen in Zimmerwald und Kienwald 1915 bzw. 1916 formierte sich mühsam eine internationale linke Zusammenarbeit gegen den Krieg und gegen das Preisgeben der linken Friedensziele. In Deutschland war dies der Weg über die Gruppe Internationale, den Spartakusbund und die USPD bis hin zur Gründung der KPD. Karl Liebknecht, dessen Ablehnung der Kriegskredite am 2. Dezember 1914 endlich auch im Reichstag den offenen Bruch mit der Kriegspolitik und der SPD-Politik demonstrierte, und Rosa Luxemburg wurden in Deutschland zu den herausragenden, aber auch verfolgten Führern einer Antikriegsbewegung und einer Neuformierung der Linken. Selbst Haase brach schließlich auch mit der SPD, wurde Mitbegründer der USPD und wie die beiden anderen 1919 Opfer eines Mordanschlages.

Zu den wichtigsten Erfahrungen dieser sich reorganisierenden antimilitaristischen, internationalistischen Arbeiterbewegung – wie auch pazifistischer Kräfte und vieler einfacher Soldaten und Bürger – gehörte, dass Widerstand schwierig, aber möglich war. Das belegt nicht allein das private Ausbrechen von tausenden Soldaten Weihnachten 1914³⁴ oder das Handeln anarchistischer Arbeiter. Dazu gehörten in deutscher Perspektive die Streiks 1916, 1917, der Munitionsarbeiterstreik 1918, der Aufstandsversuch in der Hochseeflotte 1917. In Österreich kam es 1918 zum Jännerstreik, hinter den französischen Linien wurde 1917 gemeutert und gestreikt, selbst im fernen Australien gab es im gleichen Jahr einen Generalstreik. Nicht zuletzt erwiesen sich die russischen Revolutionen 1917, vor allem die Oktoberrevolution mit ihrem „Dekret über den Frieden“, als wichtige Katalysatoren von Antikriegsbewegung wie sozialem Umbruch. Schließlich fand nach dem Eingeständnis der Niederlage ein revolutionärer Sturm weder in Deutschland noch in Österreich-Ungarn einen Halt.

Ein wichtiger Nachsatz ist erforderlich: Bei Arthur Rosenberg, dem marxistischen Ausnahmehistoriker der Weimarer Republik, gibt es eine vernichtende Einschätzung über die Resultate der Politik der SPD-Führer und die Vorbelas-

³³ David, Eduard: Das Kriegstagebuch. A.a.O., S. 9.

³⁴ Siehe Jürgs, Michael: Der kleine Frieden im Großen Krieg. Westfront 1914: Als Deutsche, Franzosen und Briten gemeinsam Weihnachten feierten. München 2003.

tung jeder demokratischen Entwicklung in der Weimarer Republik. Eine Politik, die im Kapitalismus staatstragend sein will, läuft immer Gefahr, linke Positionen preiszugeben und mitverantwortlich für eine antisozialistische Politik zu werden. Im September 1918 begriff die militärische Führung, dass der Krieg verloren war und Deutschland sich um einen Frieden um fast jeden Preis bemühen muss. Der Erste Generalquartiermeister „Ludendorff erkannte ..., daß ein solcher deutscher Friedensschritt eine sofortige Veränderung des deutschen Regierungssystems bedinge. Denn mit den alten Machthabern Deutschlands werde die Entente nicht verhandeln wollen. Sodann mußte das offizielle Eingeständnis der deutschen Niederlage im Innern den Männern jede Autorität rauben, die bis dahin Deutschland militärisch und politisch geführt hatten. Auch innerpolitisch war also, um das Chaos zu vermeiden, eine neue Regierung nötig. Ludendorff entschloss sich, nun endgültig seine diktatorische Gewalt aufzugeben und die Macht seinem Konkurrenten zu übertragen, der einzigen Autorität, die dafür in Frage kam, der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution.“³⁵ Der entscheidende Anstoß zum Sturz des glücklosen Reichskanzlers Georg von Hertlings und zur Neubildung der Regierung auf parlamentarischer Grundlage ging deshalb Ende September 1918 nicht von den Aktivitäten der Reichstagsmehrheit aus, sondern von Paul von Hintze, dem Chef des Außenamts, und Erich Ludendorff, bislang erbitterte Gegner demokratischer Reformen. Die Führer der Mehrheitsparteien ließen sich an die Macht kommandieren. Das war der entscheidende Geburtsfehler der jungen Demokratie: „Die Parlamentarisierung Deutschlands ist nicht vom Reichstag erkämpft, sondern von Ludendorff angeordnet worden.“³⁶

³⁵ Rosenberg, Arthur: Entstehung der Weimarer Republik. Hamburg 1991 [1928], S. 211.

³⁶ Ebd., S. 212.